



Von ihnen gab es gestern keinen Kommentar zu Meldungen über das Ende der Troika (v. l.): Peer Steinbrück, Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier. Foto: dpa

Wer ist Ihr Favorit?

Thomas Würdich, (50) Vorsitzender SPD-Kreisverband Vorpommern-Rügen: Frank-Walter Steinmeier habe ich schon getroffen, Peer Steinbrück (leider) noch nicht. Doch der wäre für mich der richtige Kanzlerkandidat aus unseren Reihen. Er hat einen sehr guten Job als Bundesfinanzminister hingelegt. Wenn ich das innerparteiliche Barometer richtig deute, liege ich mit meinem Vorschlag auch im sich abzeichnenden Trend in der Kanzlerfrage.



Birgit Hesse, (37) Landrätin im Kreis Nordwestmecklenburg, möchte sich zur Kanzlerkandidatur in ihrer Partei nicht äußern.

Steffen Wandschneider, (33) Fraktionsvorsitzender der SPD in der Rostocker Bürgerschaft: Mir ist es gleich, es sind drei gute Kandidaten. Die Partei wird sich bis Dezember Zeit lassen, so viel sollten wir uns gönnen. Einen Kandidaten vorab zu verschleifen, ist nämlich keine gute Idee, das nützt nur Kanzlerin Merkel. Einen persönlichen Favoriten habe ich, den werde ich aber im Vorfeld nicht nennen.



Thomas Beyer, (52) Bürgermeister in Wismar: Ich bin für Peer Steinbrück, ganz klar. Er versteht es, die sozialpolitische Notwendigkeit mit der finanzpolitischen zu verbinden. Ein Mann der klaren Worte.

Norbert Raulin (59), Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag Vorpommern-Greifswald und hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Strasburg: Ich plädiere für Peer Steinbrück als Kanzlerkandidat. Der scheint mir in der gegenwärtigen Situation der Kompetenteste.



... und raus bist du

Duo statt Troika: SPD-Kanzlerkandidatur dürfte zwischen Steinbrück und Steinmeier entschieden werden.

Von Peter Intelmann

Das Dreigestirn der SPD

Troika stammt aus dem Russischen und meint eine Bespannung mit drei Zugtieren. Die SPD hat mit Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück auch drei Zugtiere. Zumindest hatte sie die bis zum vergangenen Wochenende. Medienberichten zufolge hat sich Parteichef Gabriel aus dem Kreis der möglichen Kanzlerkandidaten verabschiedet.

Stimmt nicht, beeilte sich SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles gestern zu erklären. „Ich kann das nicht bestätigen“, sagte sie in Berlin. „Es handelt sich um eine weitere, jetzt langsam wie das Kraut in die Höhe schießende Spekulation.“ Und die drei Herren? Schwiegen still. Auch zu Meldungen, die K-Frage würde nicht erst nach der Niedersachsenwahl im Januar entschieden, sondern schon früher. Das werde im März nächsten Jahres passieren, sagte Nahles.

Beobachter des Berliner Politbiotops würde ein Rückzug Gabriels aber kaum überraschen. Er sehe ihn schon länger nicht mehr im Rennen, sagt der Politikwissenschaftler Peter Lösche. Gabriel habe zwar als Vorsitzender die sieche Partei wieder aufgerichtet, finde aber in der Öffentlichkeit, bei den SPD-Funktionären und auch bei der Basis keine Mehrheit.

Ähnlich sieht es Lösches Kollege Lothar Probst von der Universität Bremen. Gabriel dürfte „Realist ge-

Frank-Walter Steinmeier (56) ist promovierter Jurist und war in den Neunziger Jahren Büroleiter und Staatssekretär unter Ministerpräsident Gerhard Schröder in Niedersachsen. Er folgte Schröder nach Berlin, wurde Chef des Bundeskanzleramts und Außenminister in der Großen Koalition. Seit 2009 führt er die SPD-Bundestagsfraktion.

Peer Steinbrück (65) wurde in Hamburg geboren, hat in Kiel Volkswirtschaft studiert und den Weg durch verschiedene Bundes- und Landesministerien gemacht. Ende der Neunziger wurde er Wirtschaftsminister in Kiel, ging nach Nordrhein-Westfalen, wurde dort Ministerpräsident und war von 2005 bis 2009 Bundesfinanzminister.

Sigmar Gabriel (53) ist in Goslar geboren, hat Lehramt studiert und kam über die Kommunal- in die Landespolitik. Er war von 1999 bis 2003 Ministerpräsident in Niedersachsen, wurde später Bundesumweltminister in der Großen Koalition und ist seit 2009 Bundesvorsitzender der SPD.

als ehemaliger Außenminister den staatsmännisch-bedächtigen Part für die breite Mitte übernahm. Steinbrück schließlich versuchte die Wähler als „halber Neoliberaler“ (Lösche) zu erreichen.

Und er zeigte sich beim Zukunftskongress der SPD am Wochenende in Berlin gut in Form. Er rief die Partei auf, „klare Kante“ und Selbstbewusstsein zu zeigen. Er forderte Stolz auf das sozialdemokratisch Erreichte und warnte vor sozialen Fliehkräften durch Überschuldung und die alternde Gesellschaft. Und er machte noch einmal klar, dass er für eine Große Koalition nicht zur Verfügung steht. „Steinbrück wird nicht noch einmal in einem Kabinett Merkel sitzen“, sprach er von sich in der dritten Person. „Ihr kriegt Steinbrück nicht über den Umweg Angela Merkel.“

Das aber ist momentan die wahrscheinlichste Konstellation. Die Union liegt laut einer Emnid-Umfrage zurzeit bei 38 Prozent, die SPD bei 26 und die Grünen bei 14 Prozent. Die FDP flöge mit vier Prozent aus dem Bundestag, Linkspartei und Piraten wären mit jeweils sieben Prozent drin.

Die 40,9 Prozent, mit denen Gerhard Schröder 1998 Helmut Kohl im Kanzleramt ablöste, sind für die SPD ein Echo aus längst vergangenen Zeiten. Verlässlich pendelt sie seit Jahren um die 25 Prozent, deutlich abgehängt von der Union. Wenn Steinmeier am Wochenende sagte: „Wir spielen auf Sieg, nicht

Wegner, die in der SPD die Fäden zogen. In den Siebziger Jahren war Herbert Wehner als Fraktionschef immer noch dabei, Helmut Schmidt war Kanzler und Willy Brandt Parteichef. Aber das Dreierbündnis war keine Freundschaft. Als einen seiner größten Fehler bezeichnete es Schmidt später, neben dem Kanzleramt nicht auch die Partei übernommen zu haben. In den Neunziger Jahren gab es eine Neuauflage mit Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping, aus der Schröder als Kanzler und klarer Sieger hervorging.

Eine Troika hat den Vorteil, ein breites Spektrum abzudecken. In der aktuellen Version konnte Parteichef Gabriel schon mal den Bankenkritiker mit Hang zum groben Wort geben, während Steinmeier

hat die Kanzlerin Deutschland und damit sich und ihre schwarz-gelbe Regierung zum „Stabilitätsanker“ erklärt. Die Arbeitslosigkeit sei ge-

ring wie noch nie seit der deutschen Einheit. Die Reformen der vergangenen Jahre zahlten sich aus, sagte sie, ohne auf die Reform-

agenda 2010 aus rot-grüner Regierungszeit zu verweisen. Die Vorschläge zu einer Zuschussrente gegen Armut im Alter von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen nannte Merkel „ein richtiges und wichtiges Thema“, andererseits kanzelte sie deren Pläne jedoch ab. „Ich glaube, dass die Zuschussrente, wie Ursula von der Leyen sie vorgeschlagen hat, sicherlich Modifikationen bekommen wird.“

So etwas wie Leidenschaft ließ die Kanzlerin aus dem uckermärkischen Templin höchstens beim Thema Europa aufblitzen. Sie komme aus einem Land, das den wirtschaftlichen Zusammenbruch erfahren habe, meinte sie im Rückblick auf die untergegangene DDR, die zum Glück die Hilfe Westdeutschlands erfuhr. Doch wenn jetzt die Bewälti-

Große Politik nach Hausfrauenart

Angela Merkel erklärte sich und ihre Regierung zum Stabilitätsanker in Europa – und damit könnte sie auch 2013 Erfolg haben.

Von Reinhard Zweigler

Berlin – Als Schülerin wurde offenbar auch Angela Merkel von den Segnungen des sozialistischen Bildungssystems in der DDR beglückt, das unter anderem einen Grundkurs in Handarbeit vorsah. Als Kanzlerin handelt die Ostdeutsche nun wie jemand, der weiß, wie man alle Fäden in der Hand behält. Merkels gestriger Auftritt vor der Bundespressekonferenz war insofern ein Exkurs durch die große Politik nach Hausfrauenart. Solides Handwerk, sicher in ihren Aussagen, zugleich jedoch ohne spektakuläre Neuigkeiten, ohne übertriebenes Pathos, was ohnehin nicht ihre Sache ist. Merkel-kühl eben.

Wenn die Notwendigkeit besteht, erkläre sie jedem, wie das ist

mit Euro-Rettung, mit Haftungsgrenzen, mit EZB-Aufkäufen und dergleichen. 97 Minuten lang gab Merkel die politische Generalistin, die sich in den Details freilich bestens auskennt. Von der Zukunft Europas („Wir sind zu unserem Glück vereint.“), der Rentenpolitik bis zum anti-muslimischen Schmahvideo, von der deutschen Politik gegenüber Syrien und dem Iran bis zur Energiepolitik („Ich bin überzeugt, dass wir die Energiewende schaffen.“), von künftigen Koalitionen bis zu den abscheulichen Morden des Neonazi-Trios („Eine Schande für unser Land.“) Da sprach gestern eine im beigen Blazer und unter dem Blitzlichtgewitter der Fotografen, die sich ihrer Sache und ihrer Mittel sicher ist. Ein Jahr vor der Bundestagswahl



„In einer Großen Koalition will der andere auch den Kanzler stellen“: Kanzlerin Angela Merkel möchte mit der FDP weiterregieren. Foto: ddpd

hat die Kanzlerin Deutschland und damit sich und ihre schwarz-gelbe Regierung zum „Stabilitätsanker“ erklärt. Die Arbeitslosigkeit sei ge-

ring wie noch nie seit der deutschen Einheit. Die Reformen der vergangenen Jahre zahlten sich aus, sagte sie, ohne auf die Reform-

agenda 2010 aus rot-grüner Regierungszeit zu verweisen. Die Vorschläge zu einer Zuschussrente gegen Armut im Alter von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen nannte Merkel „ein richtiges und wichtiges Thema“, andererseits kanzelte sie deren Pläne jedoch ab. „Ich glaube, dass die Zuschussrente, wie Ursula von der Leyen sie vorgeschlagen hat, sicherlich Modifikationen bekommen wird.“

So etwas wie Leidenschaft ließ die Kanzlerin aus dem uckermärkischen Templin höchstens beim Thema Europa aufblitzen. Sie komme aus einem Land, das den wirtschaftlichen Zusammenbruch erfahren habe, meinte sie im Rückblick auf die untergegangene DDR, die zum Glück die Hilfe Westdeutschlands erfuhr. Doch wenn jetzt die Bewälti-

gung der Schuldenkrise nicht langfristig gelinge, „dann wird Europa nicht mehr der wohlhabende Kontinent sein“.

Mit Blick auf die Wahlen im nächsten Herbst und mögliche Koalitionen danach gab Merkel gestern die unverbrüchlich Schwarz-Gelbe. Sie würde – trotz aller Streitereien über Betreuungsgeld, Zuschussrente, Datenspeicherung, Sicherheitsdienste und so weiter – das Bündnis mit Christsozialen und Liberalen gerne fortsetzen. Auf eine Große Koalition mit der SPD, die unter ihrer Kanzlerschaft durchaus „eine gute Arbeit“ gemacht habe, werde sie jedoch „nicht hinarbeiten“. Der Unterschied zwischen beiden liege klar auf der Hand: „In einer Großen Koalition will der andere auch den Kanzler stellen.“